

Position

Kontakt:
Hubertusstraße 3, 40219 Düsseldorf
Telefon-Zentrale (02 11) 51 60 66-20

Ihr Ansprechpartner
Markus Lahrmann
Telefon-Durchwahl -21
Telefax (02 11) 51 60 66-25
redaktion@caritas-nrw.de
www.caritas-nrw.de

Datum 23.04.2024

Europa voranbringen!

4x3 Forderungen zur Europa-Wahl

Anlässlich der Europawahl 2024 bringt die Caritas in NRW erneut ihr Zukunftsbild von einem friedlichen, solidarischen und sozialen Europa in Politik und Gesellschaft ein. Die Caritas in NRW ist eine Arbeitsgemeinschaft der fünf Diözesan-Caritasverbände in NRW, die als Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege die Erfahrungen und Interessen ihrer mehr als 7600 angeschlossenen Dienste und Einrichtungen bündeln und vertreten.

Die Caritas stellt eine wichtige und über das Sozialstaatsprinzip verankerte Säule des deutschen Gesundheits- und Sozialsystems dar. Viele sozial- und förderpolitische Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, haben Auswirkungen auf die Menschen, die von Diensten und Einrichtungen der Caritas unterstützt werden oder die für die Caritas arbeiten. Zahlreiche caritative Träger können z. B. über den Europäischen Sozialfonds ihr Angebot bedarfs- und zielgruppengerecht erweitern und Innovationen testen. Als zivilgesellschaftliche Akteurin gestaltet die Caritas in NRW die EU-Politik wissens- und erfahrungsbasiert mit. Insbesondere durch die enge Vernetzung der Caritas in NRW mit der Kontaktstelle Politik Europa des Deutschen Caritasverbandes (DCV) in Brüssel findet ein guter Austausch zu den europäischen Gesetzgebungsprozessen und den NRW-spezifischen Bedürfnissen vor Ort statt. Die Caritas in NRW schließt sich den „Forderungen des Deutschen Caritasverbandes für die Legislaturperiode 2024-2029 anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament (6.-9. Juni)“ vollinhaltlich an.

Aus Sicht der Caritas in NRW sind aktuell die folgenden Akzente besonders wichtig:

**Herausgegeben von den
Diözesan-Caritasverbänden in
Nordrhein-Westfalen:
Aachen, Essen, Köln,
Münster und Paderborn**

Koordinatorin: Andrea Raab
Europabeauftragte
Telefon (0221) 2010-335
andrea.raab@caritasnet.de

Unsere Vision

„In welchem Europa wollen wir leben?“ Wir wollen leben in einem Europa, in dem Frieden herrscht und in dem Menschenrechte, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit die höchsten Güter sind. Wir sind überzeugt, dass in einer Zeit sich überschneidender Krisen nur gemeinsam eine friedliche, lebenswerte Zukunft gesichert werden kann: ein Europa, in dem politisch strukturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, um es der Zivilgesellschaft zu ermöglichen, sich solidarisch und gemeinsam für demokratische Werte, soziale Gerechtigkeit, gegen antidemokratische Strömungen, Diskriminierung, Religionsfeindschaft und Antisemitismus einzusetzen. Für ein friedliches Miteinander in Europa sind wir auf ebendiese funktionierende Zivilgesellschaft und bürgerliches Engagement angewiesen. Die Zivilgesellschaft steht den staatlichen Vertreter*innen und Institutionen vielfach als Korrektiv gegenüber. Deshalb sind zivilgesellschaftliche Organisationen, repräsentiert u. a. in der Caritas und den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, gezielt und frühzeitig in jegliche Entscheidungsfindung einzubeziehen.

Die Caritas in NRW formuliert in vier Themenfeldern jeweils drei konkrete Forderungen, bei denen wir für die nächste Legislaturperiode des Europäischen Parlaments besonderen Handlungsbedarf sehen:

- ☆ Ein Europa, in dem **Armut** verhindert wird und alle Menschen in Würde aufwachsen und altern können.
- ☆ Ein Europa, in dem ein **gemeinsames Asylsystem** garantiert ist.
- ☆ Ein Europa, das Zugang zu guter und fairer **Arbeit** sicherstellt.
- ☆ Ein Europa, in dem zügig ein sozialgerechter **Klimaschutz** vorgebracht wird.

Armut

Im Jahr 2022 lag die Armutsquote und damit der Bevölkerungsanteil derer, die unter 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben, in Nordrhein-Westfalen bei 19,2 Prozent. Deutschlandweit teilen sich NRW und Sachsen-Anhalt damit den dritten Platz im „Negativ-Ranking“. Das Ruhrgebiet ist sogar noch vor Bremen die größte Problemregion Deutschlands: mehr als jede*r Fünfte dort lebt in Armut. Die Gründe dafür sind mannigfaltig: ein kräftiger Strukturwandel, Armutszuwanderung, eine hohe Arbeitslosigkeit, ein ausgeprägter Billiglohnssektor. In der gesamten Europäischen Union lag die Armutsquote im Jahr 2022 bei 21,6 Prozent. Daher ist es besonders wichtig, dass die Anstrengungen im Kampf gegen Armut und soziale Exklusion in Europa verstärkt werden und sich explizit auf strukturschwache und vom

Strukturwandel betroffene Regionen beziehen. Um einer Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken und Lebensverhältnisse innerhalb der EU anzugleichen, **fordern wir die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte sowie eine inhaltliche Fokussierung und finanzielle Stärkung der Europäischen Kohäsionspolitik.**

Für das Funktionieren einer den Grundsätzen der Europäischen Verträge entsprechenden Wirtschaftspolitik muss endlich gleichrangig auch eine verbindende und verbindliche europäische Sozialpolitik vorangebracht werden. Dazu gehört, dass es in allen EU-Mitgliedstaaten ein an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtetes, verbindliches Grundsicherungssystem gibt.

Deswegen fordern wir einen rechtsverbindlichen EU-Rahmen für nationale Grundsicherungssysteme in Form einer EU-Richtlinie, die nationale Traditionen respektiert und in deren Rahmen Menschen nicht unter der EU-Schwelle für Armutsgefährdung leben dürfen.

Am 14. Juni 2021 wurde die „Europäische Garantie für Kinder“ verabschiedet, deren Ziel es ist, die soziale Ausgrenzung von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen, ihre Rechte zu stärken, sie vor Gefahren zu schützen und die Chancengleichheit zu fördern. In der nächsten Legislaturperiode muss die EU alles dafür tun, damit alle Kinder gesellschaftliche Teilhabe und ein gutes Aufwachsen erfahren können. **Unsere Forderung ist die vollständige Umsetzung der EU-Kinderrechts-Strategie und der Europäischen Garantie für Kinder, sowie die konsequente Überwachung der Umsetzung dieser durch die Institutionen der EU.**

Gemeinsames Asylsystem

Der Schutz von Menschen, die verfolgt sind und um Leib und Leben fürchten, ist grund- und völkerrechtlich geboten. Die EU-Mitgliedstaaten haben deshalb eine gemeinsame Verantwortung für Schutzbedürftige. Der europäische Flüchtlingsschutz muss von gemeinsamen Werten wie dem Prinzip der Solidarität und der Wahrung der Menschenrechte geprägt sein und darf im öffentlichen Diskurs nicht den populistischen Kräften anheimfallen.

Um die europäischen Erstaufnahmeländer zu unterstützen, sollten grundsätzlich alle Mitgliedstaaten der EU Geflüchtete aufnehmen. Angemessene Aufnahmebedingungen und vergleichbare Verfahrens- und Qualitätsstandards in den Mitgliedstaaten sind eine wesentliche Voraussetzung für ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem. **Wir fordern die Gestaltung eines solidarischen und auf Verantwortungsteilung basierenden gemeinsamen Europäischen Asylsystems, welches den Interessen der Schutzsuchenden und der EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen gerecht wird.** Hierauf sollte die Europäische Union durch die Ausweitung der Kompetenzen der EU-Asylagentur (EUAA) hinwirken.

Des Weiteren müssen, um Schutzbedürftigen gefährliche Fluchtwege zu ersparen und humanitäre Katastrophen zu vermeiden, legale und sichere Zugangsmöglichkeiten ausgebaut werden. **Wir fordern die Verhinderung humanitärer Katastrophen an den EU-Außengrenzen und die Durchführung aller Asylverfahren innerhalb der EU.**

Die gesellschaftliche Teilhabe und Integration von neu Zugewanderten muss von Anfang an gefördert werden. In NRW haben wir positive Erfahrungen mit der Vermeidung von Sammelunterkünften und der dezentralen Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine gemacht sowie mit einem zügigen Zugang zu Integrationskursen, dem Arbeitsmarkt und zu beruflicher Aus- und Weiterbildung. Diese gute Praxis sollte auch für die Aufnahme von Geflüchteten aus anderen

Ländern Standard werden. Geflüchtete Kinder sind besonders schutzbedürftig. Sowohl bei der Unterbringung als auch bei der Versorgung dieser Gruppe muss das Kindeswohl oberstes Gebot sein. **Wir fordern, die erforderlichen Strukturen für einen unmittelbaren Zugang zur Gesundheitsförderung, Bildung und Teilhabe für geflüchtete Menschen nachhaltig zu etablieren.**

Arbeit

EU-Bürger*innen haben das Recht, überall in der EU zu leben, zu lernen und zu arbeiten. Doch diese Freizügigkeit darf nicht zu Ausbeutung und Armut von Personen führen, die über wenig Einkommen und unzureichende formale Bildungsabschlüsse verfügen, oder die aus Drittstaaten als Asylsuchende oder Arbeitsmigrant*innen in die EU kommen. Deshalb muss gelingende europäische Arbeitsmarktpolitik stark und zugleich sozial gestaltet werden.

Der sich in allen EU-Mitgliedsstaaten abzeichnende Rückgang der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter macht eine auch international solidarische europäische Arbeitsmarktpolitik mehr denn je dringlich. **Die Caritas in NRW fordert für alle Menschen, die in den EU-Mitgliedsstaaten leben, gesicherte Zugänge zu einer Aus- und Weiterbildung, die ihren Interessen und Talenten entspricht. Das gilt auch und gerade, wenn sie durch eine Behinderung, eine Zuwanderungsgeschichte oder gesundheitliche bzw. soziale Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt benachteiligt sind.** Durch eine entsprechende Gestaltung der Verordnungen und eine verbesserte Ausstattung der Strukturfonds kann das Europäische Parlament hierauf konkret Einfluss nehmen.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels müssen die Mitgliedsstaaten dabei unterstützt werden, den Zugang zu hochwertigen und bezahlbaren Betreuungs- und Pflegeangeboten sowie die Arbeitsbedingungen und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben in diesem Sektor zu verbessern (d. h. effektive Umsetzung der „Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung“). Dies sollte vorrangig mit einer verstärkten Qualifizierung von denjenigen Personen einhergehen, die bereits in den Mitgliedsstaaten der europäischen Union leben, um einen „Care-drain“ zu verhindern. Dort, wo Haushalte auf die Betreuung durch sog. „Live-in-Kräfte“ aus dem (europäischen) Ausland setzen, müssen diese Arbeitsverhältnisse für alle Beteiligten rechtssicher und fair gestaltet werden (z. B. die Verbesserung der Sozialversicherungsansprüche durch eine Änderung von Art. 12 der „Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit“).

Charakteristisch für NRW sind u. a. eine große Fleischindustrie, viele Spargel- und Erdbeerhöfe sowie einige Logistikunternehmen, deren Beschäftigte sich zum Teil in ausbeuterischen und illegalen Arbeitsverhältnissen befinden. Das in Deutschland eingeführte Verbot von Werkverträgen in der Fleischindustrie ist ein erster wichtiger Schritt zur Verbesserung solcher Beschäftigungsverhältnisse. Nun müssen ähnliche Änderungen auch für andere Branchen (z. B. in der Logistik) und in der gesamten EU eingeführt werden. Aufgrund der Grenznähe von NRW leben viele Menschen in Belgien oder den Niederlanden und arbeiten in deutschen Unternehmen. Hier bedarf es europäischer Lösungen und gemeinsamer Kontrollen.

Wir fordern daher faire und gute Arbeitsbedingungen für Arbeitsmigrant*innen und mobile EU-Arbeitskräfte. Um dies verbindlich zu realisieren, sollten die Kompetenzen der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) aufgewertet werden, damit effektive Kontrollen der Arbeitsbedingungen durchgeführt werden können. Außerdem benötigen mobile Arbeitskräfte gesicherte Möglichkeiten, sich unabhängig und niedrigschwellig in ihrer Muttersprache über ihre Rechte zu informieren und beraten zu lassen.

Über die EU-Binnenmarktmigration hinaus bedarf es eines **Ausbaus legaler Migrationswege auch für Menschen aus Drittstaaten und einer erleichterten Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen für alle Arbeitsmigrant*innen.** Für Letzteres sollen u. a. Anerkennungsprozesse beschleunigt werden und der Austausch von Dokumenten zwischen Behörden und anderen Beteiligten im In- und Ausland datensicher auf digitaler Basis erfolgen. Die „Verordnung über ein einheitliches digitales Zugangstor“ („Single Gateway Verordnung“) der EU muss entsprechend umgesetzt werden.

Klimaschutz

Europa will bis 2025 der erste klimaneutrale Kontinent werden. Die Caritas in NRW begrüßt, dass es auf Landes-, Bundes-, und europäischer Ebene Gesetzesänderungen und Verpflichtungen hin zu einer grünen Transformation gibt. Doch häufig sind diese gar nicht oder nur begrenzt sozial gerecht gestaltet. Und dass, obwohl das reichste Prozent in Deutschland 15-mal so viel CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr produziert wie die ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung. Gleichwohl haben einkommensschwache Haushalte ungleich mehr mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen: Zwei Jahre nach der Hochwasser-Katastrophe finden in NRW noch immer Reparaturarbeiten statt. Ein Beispiel von vielen: In Hagen Eckesey, einem von der Flut stark betroffenen Stadtteil, sind viele Mietwohnungen in den Erdgeschossen der Häuser bis heute unbewohnbar. Von Armut betroffene Menschen leben deswegen noch immer mit ihren Kindern in viel zu kleinen provisorischen Wohnungen zusammen.

Ambitionierter und sozial gerecht gestalteter Klimaschutz muss stärker als bisher Berücksichtigung finden (insbesondere im European Green Deal) und sollte zur Leitlinie der Daseinsvorsorge werden. **Daher fordern wir, dass der Klima-Sozialfonds deutlich aufgestockt und so umgesetzt werden muss, dass die Gelder tatsächlich den am stärksten belasteten Haushalten zugutekommen.** EU-Finanzmittel sollten für gefährdete Haushalte bereitgestellt werden, um z. B. der energetischen Sanierung der am schlechtesten isolierten Wohnungen von Haushalten mit niedrigem Einkommen Vorrang zu geben.

Wir fordern den Ausbau **eines günstigeren öffentlichen (z. B. europaweiten schienengebundenen) Personenverkehrs**, um die Mobilitätswende voranzutreiben. Die EU muss dafür gezielt Finanzmittel zur Verfügung stellen und **klimaschädliche Subventionen von Mitgliedsstaaten beanstanden.** **Ferner fordern wir, dass in allen EU-Freihandelsabkommen Sozial- und Umweltstandards durchgesetzt werden müssen.**

Essen, 23.04.2024 – Beschlossen von den Direktorinnen und Direktoren der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn